

Meinungen, Meinungen, Meinungen

Die Süddeutsche Zeitung fordert täglich dazu auf, sich an bestimmten Diskussionen online zu beteiligen. Seit Mitte März beteilige ich mich daran:

Dr. Gerd Eisenbeiß , Bonn 2021

(1) 4.12. Digitalpolitik

In einer friedlichen Welt können Digitalisierung und Vernetzung große Effizienzgewinne und Lebensqualität bringen. In einer solchen Welt leben wir aber nicht; vielmehr gibt es eine größere Zahl von Staaten, denen an unserem Scheitern sehr gelegen ist und die schon heute nichts unversucht lassen, die tollen Systeme zu stören. Darüber hinaus haben Kriminelle von jedem Platz der Erde aus die Möglichkeit, unsere Infrastruktur erpresserisch zur Geisel zu nehmen.

Da sollte die Digitalpolitik der Bundesregierung sehr vorsichtig und problembewusst, also eher zurückhaltend sein, robuste Systeme durch „hack-fähige“ Digitalsysteme zu ersetzen. Schon heute dürfte der Schaden durch böswillige Hacker so groß sein, dass der tatsächliche Digitalisierungsnutzen schwindet.

(2) 30.11. black friday

So sehr ich dem Handel gönne, dass wieder Umsatz und Gewinn gemacht werden kann, so sehr widerstreben mir die Methoden der Werbung, ja die Existenz von Werbung überhaupt. Auch wenn ich dabei den gleitenden Übergang von Information und Werbung beachte, kann ich doch nicht übersehen, dass ein Gutteil der Nicht-Nachhaltigkeit unseres Lebensstils daher kommt, dass wir nicht kaufen, was wir brauchen oder wünschen, sondern dass wir ständig animiert werden, zu wünschen, was wir kaufen sollen. Die Folge ist eine Überproduktion von Waren auf der Grundlage einer Übernutzung von Ressourcen, die uns auf unserem Planeten doch nur begrenzt zur Verfügung stehen.

(3) 30.11. Kanal

Für die Tragödie am und im Ärmelkanal gibt es keine „Lösung“, sondern nur eine endlose Fortsetzung. Warum sollte Großbritannien seine Insellage nicht dazu nutzen, sich vor ungewollter Immigration zu schützen; das würden Frankreich (und wir!) doch auch gern tun, schaffen es aber nicht. Die Armen und Elenden dieser Welt, die es auch dank der grauenhaften Diktaturen und Kriege noch länger (immer?) geben wird, haben noch stets das Geld aufzutreiben können, um die Migrationswilligen mit Reisemitteln inklusive Schleppergebühren auszustatten. Lagern sie dann vor den Grenzen ihres Ziels, brechen sie uns das Herz. Der dann irgendwann gelingende unerlaubte Grenzübertritt wird anschließend nicht geahndet, sondern belohnt; die Rückmeldung über den Erfolg ermutigt den Aufbruch weiterer Menschen.

Auch in der EU gibt es eine tiefe Spaltung zwischen der humanitären Haltung („Wir müssen doch helfen“) und dem rigorosen „wir wollen keine fremdartigen Menschen bei uns“. Diese Spaltung gibt es nicht nur zwischen den Regierungspolitiken, etwa zwischen west- und osteuropäischen EU-Mitgliedern, sondern auch in unserem Land sowie - das ist wichtig zu erkennen - **in uns selbst**. Verweigern wir die Immigration derjenigen, die vor der Grenze frieren, wird die Empörung groß sein und der innere Friede schwerwiegend gestört, öffnen wir die Grenzen mit der Folge noch größeren Einwanderungsdrucks werden sich die Menschen in weit größerem Ausmaß rechtsradikalen Parteien anschließen, die sich klar gegen jede Immigration aus fremdartigen Kulturen positionieren. Auch dies wird den inneren Frieden und die Demokratie schwerwiegend gefährden.

Deshalb gibt es keine Lösung, sondern nur ein Weiterwursteln mit Elendslagern an Europas Grenzen und der Bekämpfung des Schleppergeschäfts.

(4) 20.11. Umgang mit Impfverweigerern

Die Impfverweigerer verursachen der vernünftigen Bevölkerungsmehrheit große Nachteile, Ansteckung, ja sogar Tod. Es wäre daher schon lange angemessen gewesen, sie aus dem öffentlichen Leben auszusperrten. Ein solcher Druck, sich impfen zu lassen, bis hin zur Impfpflicht würde die Gesellschaft nicht weiter spalten, als es die Impfverweigerer schon lange tun. Deutschland ist anfangs weit besser durch die Pandemie gekommen als andere Nationen, heute zeigen Länder wie Italien oder Brasilien (dort sogar gegen ihren trump-artigen Präsidenten), dass wir vor lauter Toleranz für jeden Blödsinn nicht mehr fähig sind, uns selbst zu schützen. Dass es auch in Deutschland viel Unvernunft gibt, wissen

wir schon lange, dass aber die deutsche Politik meint, Zumutungen vermeiden zu können, lässt mich hinsichtlich Klimaschutz noch pessimistischer werden, als ich es schon bin.

(5) 20.11. Umgang mit Lukaschenko

Leider ist die Welt voller Diktatoren, die nicht demokratisch gewählt wurden; Lukaschenko ist kein Sonderfall und auch nicht der Schlimmste. Der Weltfrieden erfordert aber, dass die Staaten untereinander kommunizieren, also auch Demokraten mit Nicht-Demokraten reden, also auch Frau Merkel mit Lukaschenko. Wenn nicht mehr geredet wird, droht Gewalt zu eskalieren - das ist ein Ergebnis der Friedensforschung. Reden heißt aber nicht, mit Sanktionen Druck auszuüben, wie es EU und andere tun. Sollte Belarus dadurch in die russische Föderation zurückfallen, wie es Putin wohl anstrebt, wäre das auch kein Unglück.

(6) 11.10 Polen und die EU

Polens Regierung und Parlamentsmehrheit zielt offenkundig auf ein von der EU finanziell unterstütztes undemokratisches System mit reaktionären Zügen, Geschichtsklitterung und Fremdenfeindlichkeit. Dafür sollte in der EU kein Platz sein. Allerdings hat die polnische Bevölkerung (hoffentlich) noch einmal die Chance einer relativ freien Wahl; daher wäre es voreilig, Polen über die finanziellen Strafmaßnahmen hinaus als Exit-Land zu behandeln. Erst wenn die nächsten Wahlen keinen Regierungs- und Politikwechsel ermöglichen, ist die Zeit, Polen vor die EU-Tür zu setzen, z.B. durch eine Suspendierung der Mitgliedschaft. Da das rechtlich nicht geht, muss es zum Schutz der EU außerrechtlich, quasi notwehrrechtlich geschehen; denn wenn wir das polnische (und ungarische) Verhalten innerhalb der EU dulden würden, wäre die EU selbst nichts mehr wert. Insbesondere Deutschland würde durch den Ausschluss Polens (und Ungarns) erhebliche wirtschaftliche Nachteile erleiden, auch würde in Teilen der polnischen Bevölkerung gefährlicher Deutschen-Hass geschürt werden, aber das müssen wir leider, aber mit gutem Gewissen aushalten - schließlich ist nicht das lebenswerte polnische Volk an dem Schlamassel schuld, sondern eine skrupellose Polit-Mafia.

(7) 30.9 Zukunft von Volksparteien

Ich sehe eine Chance, dass in Deutschland eine neue Volkspartei entstehen könnte. Deutschlands Weg in die Zukunft kann nur sozial und ökologisch sein ohne wirtschaftliche Vernunft zu verletzen. Eine solche Politik könnte eine rot-grün-gelbe Koalition formulieren. Wenn dabei insbesondere die Grünen Abstand gewinnen von über-ehrgeizigen Zielen, kann aus rot und grün eine neue sozial-ökologische Volkspartei entstehen, eine fusionierte „GSPD“, die mehr als 40% der Bevölkerung repräsentieren und binden könnte. Da das 1,5°-Ziel längst verfehlt ist und die nächsten Jahre sicher zeigen werden, dass Deutschland vielleicht 2070, aber niemals 2045 klimaneutral werden kann, fehlt doch nur noch die Einsicht in die sozio-ökonomische Wirklichkeit in Deutschland, in Europa und in der Welt.

(8) 25.9 Welche Klimapolitik?

Notwendig ist eine gemeinsame EU-Klimapolitik mit stetig steigenden CO₂-Preisen durch handelbare, stetig verknappte Zertifikate. Der Außenausgleich gegenüber Wettbewerbern, die keinen äquivalenten Klimaschutzauflagen gehorchen müssen, sollte als pauschaler Importzoll gestaltet werden, wenn sich gerechtere, auf die jeweils vermiedenen CO₂-Abgaben abstellende Grenzabgaben als zu bürokratisch herausstellen sollten.

Die so anfallenden Staatseinnahmen sind für sozialen Ausgleich bei niedrigen Einkommen sowie für die Förderung energiesparender Maßnahmen zu verwenden, solange sie anfallen. Dass sie bei Klimaneutralität wegfallen, muss von Anfang an deutlich erklärt werden.

(9) 16.9 Steuersystem ungerecht?

Was man als gerecht empfindet, ist sehr subjektiv. Für mich ist die größte Ungerechtigkeit die mangelnde Besteuerung von Erben, die leistungslos riesige Vermögen erhalten. Da bei verdankt jedes vererbte Vermögen seine Entstehung zum Gutteil der gesamten Gesellschaft. Eine deutlich höhere Besteuerung von Erben wäre nicht nur gerecht, sondern auch klug, weil sie die unerträgliche Ungleichheit in der Vermögensbeteiligung korrigiert, die so oft mit Krokodilstränen beklagt, aber nicht geändert wird.

(10) 14.9 Corona-Regeln für Ungeimpfte

Wer sich nicht impfen lassen will, obwohl keine attestierten gesundheitlichen Gründe dagegen sprechen, kann nicht beanspruchen, dass Geimpften die sich daraus ergebenden Nachteile für alle widerstandslos hinnehmen oder gar finanzieren.

(11) 4.9. Steuersünder

Es ist doch selbstverständlich, dass das, was analog möglich ist, nun auch digital ermöglicht wird. Um mehr geht es nicht - weder in Baden-Württemberg noch in Bayern, wo es ja auch praktiziert wird. Der Schutz, den Steuerhinterzieher in Deutschland genießen, ist ein Skandal, und die Empörung scheinheilig.

(12) 4.9. Impfstatus Geheimsache?

Mir leuchtet vollkommen ein, dass ein Arbeitgeber wissen muss, wer geimpft ist und wer nicht. Solange die Ungeimpften ihre Umgebung wesentlich gefährden, müssen sie solche Einschränkungen hinnehmen; erst wenn das Corona-Risiko im Normalbereich von Krankheitsrisiken liegt, muss eine solche Regelung wieder aufgehoben werden.

(13) 31.8. Cannabis-Legalisierung?

Ja! Diese Prohibition ist längst gescheitert wie die für Alkohol im Amerika vor fast 100 Jahren. Cannabis-Konsumenten gehen freiwillig gesundheitliche Risiken ein, gegen deren Folgen sie weder geschützt werden können noch müssen. Allerdings sollte es wie bei Tabakkonsum ein Werbeverbot geben, sowie Aufklärung über Risiken und Gegenwerbung.

(14) 31.8. Afghanische Schicksale

Wer in Afghanistan weiterleben wird, wird in einem der ärmsten und rückständigsten Gebiete der Welt leben müssen, die Frauen sind wohl am allerschlimmsten dran. Dazu wird kommen, dass der Krieg der Clans und Warlords sowie der islamistischen Sekten a la Qaida und IS ja nicht zu Ende ist, sondern in vielen Regionen des Landes fortgesetzt wird. Was die Taliban-Regierung in Kabul angeht, so mag es zumindest eine gewisse Professionalität mit gutem Willen geben, was aber die Taliban-„Bürgermeister“ vor Ort und die Provinzfürsten

treiben werden, wird das Leben der einfachen Menschen oft zum Alptraum machen.

(15) 20.8. Afghanistan wohin?

Natürlich weiß auch ich nicht, wohin die Taliban steuern werden, aber man darf unterstellen, dass ihr religiöser Furor zur Unterstützung vergleichbarer radikal-orthodoxer Sunnitenbanden in aller Welt drängt, insbesondere in Pakistan, Indien, Zentral- und Südost-Asien und Afrika vom Sahel bis Mosambik. Deshalb ist es wichtig, dass die Taliban-Regierung keinerlei finanzielle Unterstützung bekommt - weder als „Aufbauhilfe“ vom Westen, noch von anderen islamischen Staaten, die entsprechend unter Druck gesetzt werden müssen, insbesondere Pakistan. Nur direkte humanitäre Hilfen durch z.B. Medikamente und medizinische Geräte- keinesfalls durch Nahrungsmittelhilfen, denn diese würden indirekt den Opiumanbau unterstützen, der wertvolle Böden beanspruchen soll.

(16) 17.8. Versagen in Afghanistan

Es mag ja ehrenwert sein, nach eigenem Versagen zu forschen, aber in Afghanistan hat die dortige Regierung samt Parlament und afghanischer Armee versagt! So eminent versagt, dass alle westlichen Helfer von USA über Deutschland bis Dänemark vom raschen Zusammenbruch der Regierung überrascht worden sind. Das Eingreifen der USA etc war ein ehrenwerter Versuch, der an der Brutalität der Islamisten gescheitert ist - tragisch für alle anständigen Bürger und insbesondere Frauen in Afghanistan, tragisch auch für die Opfer der intervenierenden Armeen. Die Lehre für Mali und die anderen Sahelstaaten? Gleiches Scheitern ist vorhersehbar, es sei denn die intervenierenden Mächte (möglichst Nachbarstaaten gleicher Religion!) legten die Samthandschuhe ab. Der gewonnene Lehrsatz aus mehreren internationalen Gewaltausbrüchen lautet: der brutale und rücksichtlosere gewinnt, ob Drogenmafia, Boko Haram oder Taliban.

(17) 14.8. Chinas Geiselnahmen

Wie man reagieren sollte? Nicht mehr hinfahren! Da müssen sich Chinas Händler, Käufer und Verkäufer schon selbst ins Flugzeug setzen oder digital kommunizieren. Das sollte überhaupt die Methode sein, mit Staaten ohne unabhängiges Rechtssystem zu verkehren, also auch z.B. mit Polen.

(18) 11.8. Afghanistan

Was der Westen noch für die Afghanen und gegen die verbrecherisch brutalen Taliban tun kann, ist wenig; sie gewinnen, weil sie töten, wen sie für einen Gegner oder Unterstützer von Gegnern halten. Nur die Gemeinschaft der islamischen Staaten könnte noch bewegt werden - ggf. auch mit Druck, auf die Steinzeit-Islamisten und ihre Paten in Pakistan (und den arabischen Monarchien?) einzuwirken, auf Rache- und Unterdrückungsexzesse zu verzichten. Auch dem Iran kann nicht gleichgültig sein, was den Schiiten im Lande bevorsteht.

(19) 10.8. Sportförderung

Natürlich ist Sportförderung wichtig für die Gesundheit, insbesondere der Jugend. Wachsende Zweifel sind allerdings gegen die staatliche Förderung von Leistungssport angebracht, weil da die Leistungsziele nicht mehr als gesund gelten können. Den Leistungssport sollten seine Fans mittels privater Stiftungen und Zuwendungen fördern, meinetwegen auch die Werbewirtschaft. Einem Anspruch an den Staat, vom Leistungssport leben zu können, kann es so wenig geben wie bei anderen außerordentlichen Kunstfertigkeiten. Der Profi-Fußball und ähnlich kommerzialisierte Erscheinungsformen mit Zirkuscharakter sollten nicht mehr als Sport gelten sondern wie der Zirkus auch als Unterhaltungsindustrie mit Berichterstattung im Wirtschaftsteil und durch Anlageberater.

(20) 5.8. Wahlkampf

Die Erwartung, Wahlkampf müsse RemmiDemmi sein mit Aggression und Gemeinheiten, ist eigentlich kindisch, passt insofern zu unserem oft kindischen Verhalten. Eigentlich kann man doch alle Bewerber und Parteien nach ihrem klaren Handlungsprofil aus der Vergangenheit beurteilen; was im Wahlkampf versprochen wird, ist entweder kaum zu halten oder erinnert nur an die nicht eingelösten Versprechungen von vor 4 Jahren. Wie so oft schon hat die SPD die meisten Erfolge vorzuweisen und diesmal sogar den kompetentesten Kanzlervorschlag, sie unterliegt aber wohl wieder einmal ihrem schärfsten Gegner, ihren aktivistischen Funktionären der unteren und mittleren Ebenen, die Regierung und Opposition in Einem sein wollen. Vielleicht ändert sich noch etwas, wenn sie demnächst Adenauer plagierend plakatiert: „Auf den Kanzler kommt es an!“.

(21) 31.7. zu berücksichtigende Corona-Werte

4 Werte sind relevant, stehen aber in logischer Beziehung zueinander. Trotzdem wird es keinen wissenschaftlich begründbaren Einheitswert geben; wenn die Politik

Grenzwerte für Risikostufen beschließen will, muss sie mit einer gewissen Willkür vorgehen. Die Werte sind die spezifischen Zahlen bezüglich Infektionen, Intensiv-Behandlungsbedarf und Covid-Toten sowie die Impfquote. Je höher letztere ist, desto geringer ist die Bedeutung Infektionszahl, deren Wert als Frühwarnindikator aber bleibt, sowie die der Infektion zeitlich folgenden Intensiv- und Todeszahlen. Wenn nicht neue Mutanten das Bild verändern, wird mit steigender Impfquote auch die Koppelung zwischen ihr und der Intensiv-, b.z.w. Todeszahl schwächer.

(22) 28.7. Corona-Tests

Ja! Natürlich sollten Ungeimpfte ab sofort für Tests bezahlen.

(23) 20.7. Laschets Lachen und andere Nebensächlichkeiten

Das Ärgerliche ist doch nicht Laschets Lachen, sondern die ablenkende Aufmerksamkeit, die die Medien auf diese absolute Nebensächlichkeit lenken. Noch ärgerlicher sind im gleichen Sinne die besserwisserischen Einlassungen über Versäumnisse des Klimaschutzes und bestimmter Politiker. Es wäre von verantwortlichen Medien doch zu erwarten, dass sie diese Besserwisser in die lächerlichen Schranken verweisen, in die sie gehören. Welche Warnung hätte denn die Wassermassen gehindert, Häuser und Straßen etc zu zerstören? Welche Warnung hätte so konkret sein können, nach Erkenntnis über den Jahrhundertcharakter des Starkregens Stunden später gezielte Evakuierungen durchzuführen? Auch im Nachhinein erscheint doch offensichtlich, dass diese Naturkatastrophe alles an Ausmaß und Plötzlichkeit übertraf, was je ge- und bedacht worden ist - also Schicksal war, das uns Menschen immer wieder zustoßen kann.

Wer die betroffenen Täler von Ahr und Erft kennt, wird sich auch nach der Katastrophe schwer tun, sich Vorsorge-Investitionen wie Rückhaltebecken im Oberlauf vorzustellen, die bei vergleichbaren Niederschlagsexzessen Gebäude und Infrastrukturen wirksam schützen könnten.

(24) 17.7. Hochwasserkatastrophe und Klimakrise

Da die Hochwasser-Katastrophe westlich des Rheins kaum bezweifelbar eine Folge des Klimawandels ist, sollten sich alle und insbesondere die Wahlkämpfer von Union und FDP noch einmal besinnen, ob ihre Versprechungen den richtigen Prioritäten entsprechen. Aber: noch unmittelbarer als auf die Reduktion der Treibhausgase haben wir uns auf solche Folgen der Erderwärmung einzustellen - und das fordert ein wohl riesiges Investitionsprogramm in den praktischen Schutz vor Starkregen- und Sturmereignissen, in Deiche und Staumauern alter und neuer (!) Stauseen, denn für lange Dürreperioden wie schon 2019/20 werden wir z.B. auch größere Trinkwasserreservoirs benötigen.

(25) 16.7. EU-Klimapläne

Die Pläne der EU sind mutig und gut. Sie konfrontieren uns mit einer Wahrheit, die so viele zu verbergen suchen, in Deutschland insbesondere Union und FDP: Klimaschutz, zumal in der notwendigen *Geschwindigkeit*, wird teuer - sowohl für Staaten und EU-Gemeinschaft wie auch für den Einzelnen. Dabei sind die Hauptinstrumente des EU-Plans die am wenigsten teuren, weil die vorgeschlagenen Zertifikate für Gebäude und Verkehr die Kosten am jeweiligen Minimum halten werden; jeder Versuch, Klimaschutz mit unzusammenhängenden Einzelmaßnahmen zu erzwingen, wird notwendigerweise mehr kosten. Wir sind jetzt also gefragt, ob wir Klimaschutz wirklich wollen oder der Kosten und Veränderungen wegen doch lieber nicht. Die wahlkämpfenden Parteien von Mitte bis rechts außen haben sich entschieden: sie wollen lieber wenig Klimaschutz mit bequemer Langsamkeit als Zumutungen rascher Veränderungen.

(26) 14.7. Gerechtere Steuerpolitik

Steuerpolitik hat viele Facetten, deshalb hier nur 3 wichtige Vorschläge: eine friedliche und sozial zufriedene *Gesellschaft* darf keine zu großen Unterschiede in Vermögen und Einkommen tolerieren; deshalb ist zuallererst wichtig, dass die Steuerprogression wieder auf über 50% erhöht wird und eine deutlich höhere Erbschaftssteuer verhindert, dass man durch reiches Erbe leistungslos immer reicher wird. Ferner wäre es für Umwelt- und Klimaschutz wichtig, die Steuerlast etwas zu verlagern vom Arbeitseinkommen auf den Verbrauch/Konsum, sei es als höhere Mehrwertsteuer oder als Besteuerung des Verbrauchs kritischer Rohstoffe und anderer Naturressourcen. Ungerecht wäre meines Erachtens, wenn das Steuersplitting abgeschafft würde, denn Ehen und vergleichbar feste Partnerschaften sind Wirtschaftsgemeinschaften, deren Finanzen aus zwei Einkommen bestehen - egal, wie unterschiedlich diese sind.

(27) 10.7. Finanzpläne der Wahlkämpfer

Es ist doch nicht überraschend, dass die Union und die FDP den Reichen und Wohlhabenden ein deutlich überproportionales Plus zuschieben wollen. Dass überdies eine echte Erbschaftssteuer abgelehnt wird, zeigt, dass diese Parteien (wie auch die AFD) die ebenfalls skandalöse Vermögenskonzentration weiter steigern wollen. Das ist aber nicht nur ein sozialer Skandal, sondern auch ein ökologischer, denn da wird kein Geld für den notwendigen Klimaschutz bleiben. Nur die GRÜNEN reden einigermaßen ehrlich über die Kosten des notwendigen ökologischen Umbaus von Wirtschaft und *Gesellschaft*. Es wird daher spannend, wie Schwarz-Grün nach der Wahl zusammenfinden werden.

(28) 6.7. Baerbock-„Plagiate“

Unsinn! Frau Baerbock hat in ihrem Buch ihre Meinung ausgedrückt und nicht eine wissenschaftliche Erkenntnisleistung. Das durfte sie getrost mit Formulierungen tun, die andere vor ihr benutzt haben - Hauptsache es ist ihre Meinung! Politiker-Bücher dürften allesamt so geschrieben worden sein. Es ist ein Skandal, dass die Medien das Wort „Plagiat“ aufgreifen, statt den selbsternannten Plagiats-Jäger der Lächerlichkeit preis zu geben.

(29) 6.7. Afghanische Helfer

Das Entsetzliche am Schicksal der afghanischen Helfer ist die grauenhafte Brutalität der Taliban, die tatsächlich glaubwürdig sind in ihren Mordplanungen. Das müsste immer zuerst kommentiert werden. Natürlich befürworte ich eine Aufnahme dieser von Mord bedrohten Menschen in Deutschland, weil es keine Alternative gibt. Und mit ohnmächtiger Wut sehe ich, dass auch in diesem Konflikt diejenigen gewinnen, die bedingungslos töten, weil die Folter- und Todesangst der Bevölkerung Voraussetzung für ihre Herrschaft ist..

Vor 10 Jahren habe ich im Deutschland-Dialog der Bundeskanzlerin eine Militärdoktrin für Auslandseinsätze der Bundeswehr vorgeschlagen, die diese auf nicht-muslimische Länder beschränkt - nicht weil Muslime nicht genauso friedfertig wären wie Andersgläubige in der Regel auch, sondern weil die selbsternannten Gotteskrieger all überall keine Tötungshemmung gegenüber Zivilpersonen haben, wenn es um die Errichtung ihrer Terror-Herrschaft geht, und deshalb nicht zu besiegen sind. Das aber sollten muslimische Gesellschaften unter sich ausmachen, denn nicht-muslimische Soldaten werden weit über die Terrorbanden hinaus als „ungläubige“ Gegner und nicht als schützende Freunde gesehen.

(30) 26.6. Ungarn-EU

Nicht das neuerliche Gesetz, sondern Ungarns Entwicklung unter Orban insgesamt sollte Grund sein, die EU-Mitgliedschaft des Landes zu suspendieren - gleichzeitig mit der Polens. Dieser Schritt der demokratischen Mehrheit sollte offen als außerrechtliche Notwehr deklariert werden gegen den beständigen Rechtsbruch dieser beiden Staaten. Während der Suspension haben diese Staaten keine Rechte und Pflichten (erhalten also auch keine Netto-Zahlungen), nehmen nicht an der Arbeit der Unions-Institutionen teil und können die Mitgliedschaft problemlos wieder aufnehmen, wenn sie glaubwürdig in die Rechts- und Wertegemeinschaft zurückgekehrt sind. Bei all dem ist wichtig, dass den Völkern klar gesagt wird, dass sie in der EU willkommen sind, sobald sie sich von ihren nationalistischen, illiberalen und Recht beugenden Regierungen befreit

haben, denn natürlich gehören die Menschen in Ungarn und Polen zu unserer Gemeinschaft.

(31) 23.6. Wahlprogramm der Union

Lächerlich - ein Märchenbuch mit Nebelbildern! Möglicherweise aber ein wahl-erfolgreiches Betrugsmanöver - es sei denn, man könnte den Haushalt sanieren, die Steuern senken, allen mehr Finanzhilfe geben und Klimaneutralität erreichen, ohne dass es jemandem weh tut. Ärgerlich; denn eigentlich täte Deutschland eine schwarz-grüne Bundesregierung gut, meine ich als SPD-Mitglied.

(32) 18.6. Rigaer 94

Sollte die bestehende Gesetzeslage die Festnahme und Verurteilung dieser gewalttätigen Gruppen nicht erlauben, ist eine rechtliche Grundlage dafür zu schaffen. Wir werden sie auch brauchen, um den demokratischen Staat am rechten Rand zu verteidigen.

(33) 5.6. Putin-Biden

Ich habe in meinem Umkreis schon lange dafür geworben, die russischen Machthaber als Feinde zu betrachten, mit denen man gleichwohl immer im Gespräch bleiben muss - schon um jenen nicht jede Hoffnung zu nehmen, die Russland von innen verändern wollen; dazu gehört auch Kooperation in globalen Problemfeldern und Handel; denn es muss ein Lebensfaden gerettet werden zwischen zivilen Organisationen der Wissenschaft, der Kultur und auch der Wirtschaft. Schön, dass sich nun nicht nur die Bundesregierung sondern auch der amerikanische Präsident so positioniert.

(34) 5.6. Erdgas

Wenn man an die Klimaschutz-Ziele von Paris, die der EU sowie die der Bundesregierung glaubt, müssen wir eiligst auf Erdgasimporte verzichten; denn erneuerbaren Energien und Effizienzsteigerungen werden uns bis 2045 klimaneutral machen. Leider zeigen viele Vorgänge, dass man das nicht glauben darf: wer schon so kurz nach der überfälligen Einführung einer CO₂-Bepreisung die daraus folgende Spritpreiserhöhung als unsozial diffamiert wie einige schwarze und rote Wahlkämpfer, ist nicht willens, das Ziel zu erreichen. Und wer z.B. die Mieter vor konsequenten Heizkostensteigerungen schützen will, zeigt auch nur seine Mutlosigkeit, dem Bürger die Kosten des Klimaschutzes zu erklären. Also müssen wir damit rechnen, dass die Klimaziele gründlich verfehlt werden. Und dann wird es gut sein, wenn wir Erdgas zur Verfügung behalten.

Insbesondere die letzten Prozente vor 100% Klimaneutralität werden extrem teuer sein, während auch Mitte des Jahrhunderts global noch üppig Kohle, Öl und Gas ver-

brannt werden. Auch unter diesem Aspekt wird es in Europa vertretbar sein, noch in gewissem Umfang Erdgas zu nutzen, statt z.B. CO₂ der Atmosphäre zurück zu holen.

(35) 29.5. Herero-Völkermord

Ich habe kein Problem damit, als Völkermord anzuerkennen, was vor über 100 Jahren durch deutsche Truppen in Namibia geschehen ist. Auch ist OK, dass Namibia seit vielen Jahrzehnten ein bevorzugtes Land für solidarische Unterstützung ist und bleiben soll. Aber ich sehe keinerlei Schuld bei mir, meiner Generation und Nachkommen. Und ich sehe auch in heute lebenden Hereros und Namas keine Berechtigung, überdurchschnittliche Geldmittel oder gar Reparationen zu verlangen oder zu erhalten.

Aus gutem Grund lehnen wir Sippenhaftung ab, zumal diese umso absurder wird, je mehr die steuerzahlenden Menschen in Deutschland gar nicht von den damals schuldigen Deutschen abstammen. Europäer haben auf fast allen anderen Kontinenten grauenhafte Untaten begangen, ganze Kontinente als Siedler übernommen und die dezimierten Urvölker kujoniert. Soll dies nun alles in Geldzahlungen „repariert“ werden?

Nein! Besser wir helfen allen Völkern, mit der Zukunft der Erderwärmung zu Recht zu kommen und ihre heutigen Unterdrücker los zu werden. Namibia ist nach dem HDI-Ranking der UNO schon heute wesentlich besser dran als fast alle Staaten südlich der Sahara.

(36) 28.5. Shell-Urteil

Das niederländische Klimaschutz-Urteil gegen Shell ist mit dem BVG-Urteil sowie dem anstehenden Lieferkettengesetz in Deutschland der weitere Markstein einer Zeitenwende. Etwas boshaft übertrieben haben die Politiker in aller Welt bisher fantastische menschen- und umweltrechtliche Ziele vereinbart und völkerrechtlich b.z.w. gesetzlich fixiert, ohne gleichzeitig die zur Umsetzung nötigen Instrumente zu bedenken oder gar zu beschließen. Mit einer Flut von „Studien“ versuchte man Ernsthaftigkeit zu beweisen, ohne Maßnahmen beschließen zu müssen. Sicher waren insbesondere die EU-Staaten und auch Deutschland nicht so untätig wie die allermeisten Staaten auf anderen Kontinenten, aber zielkonformes Handeln wollten auch sie ihren Bürgern ersparen, weil die Kosten nicht zu verbergen sind und letztlich Futter für Populisten und Faschisten gegen die Demokratie werden könnten. Jetzt fangen die großartigen Gesetze und Verträge an zu wirken, weil Gerichte ihre Einhaltung anmahnen und schließlich erzwingen können.

Im begonnen Wahlkampf sieht es allerdings immer noch nicht so aus, als wollten die Parteien sagen, was all die gewünschten und beschlossenen Maßnahmen an Kosten verursachen, die entweder in den Preisen oder in den Steuern getragen werden müssen. Hoffentlich gehen die Leute nicht von Bord, wenn die Rechnungen bezahlt werden müssen!

(37) 22.5. Baerbocks Transparenzverstoß

So ein Quatsch! Oder sollte Frau Baerbock tatsächlich von ihrer eigenen Partei bestochen worden sein, grün zu reden und zu wählen?

(38) 21.5. Autoindustrie

Das Geschäft der Autoindustrie beruhte über langer Zeit auf Maschinenbau und insbesondere immer sauberer Motorentechnik. Die Zukunft hängt von Disziplinen der Informatik und der Elektrochemie ab, die besser beherrscht werden müssen, als anderswo, wenn man eine Weltspitzenposition halten will sowie die Wertschöpfung und die überdurchschnittlich bezahlte Arbeitsplätze. Für eher unwahrscheinlich halte ich eine wesentliche Abnahme der Zahl zugelassener PKWs, weil der Besitz eines Autos vor der Tür ein Element von Freiheit und Spontaneität ist und in einer Wohlstandsgesellschaft wohl auch bleibt. Dagegen wird die Kilometerleistung der PKW stark sinken und damit auch der Markt für Neuwagen.

(39) 21.5. Rentenbesteuerung

Das eigentlich Interessante an dieser Frage ist doch, ob es in Deutschland noch möglich ist, größere Reformen zu verwirklichen, ohne sich in der Komplexität der Regelungsdichte zu verheddern. Und jedes gut gemeinte neue Gesetz oder gar Grundgesetzverankerung hat weitere ungeahnte Folgen für die Reformierbarkeit des Landes.

(40) 21.5. Giffeyrücktritt?

Ich, Dr.-Ing. Dipl.Phys., halte diese Promotionsplagiatsaffären schon lange für lächerlich nebensächlich; auch ärgert mich, dass die „Doktorväter“ oder -Mütter (muss man Doktor**** sagen?) nicht zur Rechenschaft gezogen werden, wenn etwas nicht in Ordnung war. Viel interessanter wäre, was die Doktorarbeiten denn an Erkenntnis gebracht haben - und da sieht es vielfach mau aus. Es hätte mich wirklich interessiert, was Frau Giffey, Herr KTVG oder Frau Schavan dem Menschheitswissen hinzugefügt haben.

Am 18.5. zu spät eingereicht: Zunächst ist gesetzlich verbindliche Klimaneutralität ein gutes Ziel für unser gutes Gewissen, allerdings würde sie der ebenfalls verbindlichen Pariser Vereinbarung nicht entsprechen, wenn sie erst 2035 oder gar 2045 erreicht würde - anders formuliert, Deutschland wie die ganze übrige Welt werden das Pariser Ziel deutlich verfehlen. Nun soll Klimaneutralität nicht bedeuten, dass keine Treibhausgase mehr emittiert werden, sondern, dass unvermeidbare Rest Emissionen u.a. durch CO₂-Abtrennung aus der Atmosphäre oder nach Verbrennungsprozessen kompensiert werden, indem diese abgetrennten Gase in tiefen geologischen Schichten abgelagert werden. Auf die gesellschaftlichen Konflikte um eine solche Entsorgung

darf man gespannt sein. Zudem geht man allgemein davon aus, dass Deutschland erneuerbare Energien als Strom oder Wasserstoff aus dem Süden importieren muss. Wir würden also die benötigte Energie für die CO₂-Abtrennung und Endlagerung mittels Importen aus jenen Ländern beziehen, die gleichzeitig weiterhin Öl und Erdgas verbrennen und CO₂ in dieselbe Atmosphäre schicken, aus der wir es wieder herausholen - ein wenig überzeugender Vorgang. Natürlich bin ich auch gespannt, wer für eine evtl. Zielverfehlung 2045 als Gesetzesbrecher ins Gefängnis muss.

(41) 15.5. FDP - mitregieren?

Für mich ist die "rote Linie" der FDP ein Skandal, wenn sie auch höhere CO₂-Abgaben ausschließt - und so scheint es ja auch gemeint zu sein.

(42) 12.5. Kann es eine zeitgemäße Katholische Kirche geben?

Kommt auf den Begriff „zeitgemäß“ an. Für mich wäre zeitgemäß, sich an Vernunft und Wissenschaft zu orientieren - eine Religion mit all ihren Mythen und Märchen ist dann grundsätzlich nicht zeitgemäß. Erkennt man aber realistischer Weise an, dass es die irrsten Glaubenssysteme gibt und diese vielen Menschen wichtig sind, dann ist jede Religionsgemeinschaft zeitgemäß, zu der sich Gläubige bekennen. Die Katholiken, die ihre Kirche als „unzeitgemäß“ empfinden, sollten sie einfach verlassen und als Christen evangelisch werden oder besser noch Agnostiker oder Atheisten.

(43) 11.5. Scholz-Chancen

Scholz ist zweifellos der qualifizierteste Kandidat für das Kanzleramt, hat aber kaum Chancen, weil seine Partei in einer strategischen Falle sitzt. Sie (und er) versucht, Umwelt, Wirtschaft und Soziales zu harmonisieren, sitzt aber zwischen konkurrierenden Parteien, die in jede dieser Richtungen mehr versprechen: Union/FDP für Wirtschaft, die Linke für Soziales und die Grünen für Umwelt. So profitiert die SPD nicht vom Abgang der sozialdemokratisch regierenden Amtsinhaberin.

(44) 7.5.: Klimaschutzziel 2045

Die Erreichung der deutschen Klimaschutzziele wird keine demokratische Bundesregierung über-, b.z.w. erleben, so wünschenswert es wäre. Der Grund ist die Verweigerung der Bevölkerung, die jetzt so freudig zustimmt. Schon der notwendige Ausbau der erneuerbaren Stromquellen - die Schlüsselfrage der Energiewende - wird am Widerstand, u.a. auch aus Natur- und Umweltschutzgründen scheitern, die Umstellung auf E-

Fahrzeuge mag gelingen, wird aber nicht genügend grün sein (s.o.), auch die Industrie könnte erfolgreich sein (dank monumentaler Subventionen), aber dass der Gebäudesektor 2045 oder 2050 klimaneutral wird, ist wohl auszuschließen. Schließlich ist nicht zu sehen, wie ein Grenzausgleich gegen „carbon leakage“ ohne Handelskriege gelingen könnte. Das alles wird uns in einigen Jahren auch eine grüne Kanzlerin erklären. LEIDER!

So sympathisch eine Patentfreigabe klingt, sie wäre nur fair und innovationsfreundlich, wenn die Regierungen die notwendigen Patentrechte unter Berücksichtigung ihrer Mitfinanzierung bei Forschung und Entwicklung aufkaufen und etwa der WHO zur Verfügung stellen. Aber auch dann wird das produktionswilligen Patentempfängern nur nützen, wenn sie auch über das nicht geschützte know-how verfügen können, was am besten durch Kooperation geschieht. Seit Menschengedenken ist es armen Menschen schlechter gegangen als reichen, der Sozialstaat hat das national gemildert, auf ein ausgeglichenes Sozialsystem weltweit werden auch unsere Enkel noch warten müssen. Darüber kann man sich empören oder traurig sein, sollte sich aber auch fragen, warum man selbst nicht zwei Drittel seines Einkommens für die Armen spendet.

(45) 25.4 Bundesnotbremse

Auch ich bin nicht von allen Details dieser Regelung überzeugt, halte eine solche Entscheidung für notwendig und trage sie daher mit. Die kommenden Monate dürften bei noch hohen Infektionszahlen von steigenden Impfraten bestimmt sein. Wenn die Erstimpfrate nur so bleibt wie zurzeit, werden in etwa 11 Wochen 75% der Deutschen ihre erste Impfung erhalten haben, die 2. Impfungsrate muss sich allerdings wesentlich beschleunigen, damit Ende Juli eine „Herdenimmunität“ erreicht werden kann.

(46) 25.4 Russland

Russland verhält sich unter Putins Führung wie ein Feind, der alles probiert, was unterhalb der Schwelle eines Krieges mit den USA bleibt - alles heißt sowohl verdeckte Aggression im Cyberraum und durch Lügenpropaganda wie auch militärische Aggression gegen Nachbarn (Ukraine, Georgien) und an der Seite von Diktatoren (Syrien) und Warlords (Libyen). Putin herrscht nach dem Caligula-Prinzip „Mögen sie mich hassen, wenn sie mich nur fürchten“. Und trotzdem darf der politische Gesprächsfaden nicht abreißen; der Westen muss mit ruhiger Beständigkeit laut aussprechen, was er für richtig hält und was er verurteilt. Sanktionen gegen die verantwortlichen Personen sind angemessen, der Handel sollte aber nicht betroffen sein - schließlich haben wir auch mit der Sowjetunion Handel betrieben, der wahrscheinlich durch die notwendigen breiten Kontakte zum Zusammenbruch dieses Imperiums beigetragen hat. Denn Russlands Wandel hin zu liberaler Demokratie muss und wird von innen kommen!

Am 25.4. nicht mehr akzeptiert: Gute Kanzlerschaft

Angela Merkel war schon ziemlich gut; immer nüchtern und sachlich, ruhig, kein Geschrei, an Wissenschaft orientiert. Was fehlte und Nachholbedarf darstellt, ist Durchsetzungswille und -kraft für notwendige Zukunftsstrategien. Die große Mehrheit der Deutschen würde die Opfer für Nachhaltigkeit verstehen und mittragen. Trotzdem braucht eine gute Kanzlerperson starke Nerven, denn es wird eine Wildwasserfahrt!

(47) 20.4. Super League

Die Gründungsabsicht ist doch ein konsequenter Schritt einer erfolgreichen Unterhaltungsbranche, der es schon seit langem vor allem um Geld geht. Das Problem ist doch nur die Verwendung des Begriffs „Sport“ für eine Variante der Zirkuskunst. Mir ist es jedenfalls egal, ob FIFA, UEFA oder Super League ihre Funktionäre und Artisten mit Millionen-Gehältern versorgen. Schade nur, dass Fußballsieger nicht ebenso mit Champagner bespritzt werden wie „Sportler“, die mit Autos im Kreis fahren - das ist ja immer soooo lustig.

(48) 17.4. Bundesnotbremse

Dass der Bund versucht, die Lockerer in den Ländern zu bremsen, ist richtig, aber bei einer 7-Tageinzidenz von 100 wenig überzeugend. Ist nicht zu befürchten, dass die Lockerung unter 100 alsbald zu einem Wiederanstieg führt, die 7TI also dauerhaft um die 100 schwanken wird? Die früher angepeilte Zahl von 35 und Werte wie in England und Portugal zurzeit werden so erst erreichbar, wenn 60 Mio. Deutsche 2mal geimpft sind, also überschlägig Ende Juli¹ (wenn nicht neue gefährliche Mutanten auftauchen).

(49) 13.4. Soziale Ungleichheit/Erben

Erben ist leistungsloses Einkommen; es verstetigt Ungleichheit, obwohl die Gesellschaft jedes Recht hat mitzuerben. Daher sind deutlich höhere Erbschaftssteuern gerecht und nötig. Wo in Unternehmen Liquiditätsprobleme auftreten, kann eine öffentliche Treuhandagentur Geschäftsanteile übernehmen, die nach spätestens 10 Jahren zu veräußern sind - bei Vorkaufsrecht der Erben.

(50) 8.4. EU-Türkei

Die politischen Differenzen zur Türkei sind unter Erdogan enorm gewachsen; ihre Abkehr vom demokratischen Europa sowie vom Verteidigungsbündnis NATO ist vor allem

¹ Rechenfehler! Erst bei 120 Mio. Impfungen, also in 26 Wochen à 4 Mio., ist Herdenimmunität erreicht

für jene Hälfte (?) der türkischen Bevölkerung eine Katastrophe, die immer noch auf eine Gemeinschaft mit EU und dem Westen hoffen. Vor diesem Hintergrund kann sich die EU kaum anders verhalten als beobachtet: Keine Beitrittsperspektive ohne Demokratie, Unterstützung der demokratischen Kräfte, wirtschaftliche Zusammenarbeit wie mit anderen vergleichbar autoritär regierten Ländern und Vertretung der eigenen Interessen, d.h. insbesondere Verhinderung von Masseneinwanderung in eine nicht aufnahmewillige EU. Leider gibt es viele solche Länder, deren politisches System uns nicht passt, mit denen kooperativ und friedlich zusammenzuleben ist, sogar mindestens zwei EU-Mitglieder, also nüchtern bleiben ohne Zuckerbrot und ohne Peitsche.

(51) 8.4. Russland-Ukraine

Russland führt einen Scheiben-Krieg gegen die Ukraine; Krim, Lugansk und Donezk sind nicht die letzten Scheiben. Sanktionen werden weder die Rückgabe dieser Gebiete bewirken noch den Verzicht, günstige Gelegenheiten (die gilt es zu verhindern!) für weiteres Vorrücken zu nutzen. Dabei ist Putin völlig schmerzunempfindlich, d.h. es ist geradezu der Kern seines imperialen Denkens, dass nur sein "unbeugsamer" Wille zählt. Sanktionen mögen wirtschaftliche Probleme schaffen, aber doch nicht für ihn und seine Kumpane. Wer wie er die Medien, die Gerichte und die Wahlaufsicht beherrscht, muss auch keine Angst vor Abwahlen haben. Wenn Sanktionen das Volk bedrücken, ist er so gerüstet, die Wut auf die Ausländer und ihre Agenten zu lenken. Die Ukraine kann nur gerettet werden, wenn sie sich endlich selbst von Misswirtschaft und Korruption befreit, ihre heute faktische Ostgrenze wird sie vielleicht verteidigen können, mehr nicht. Sie zu stabilisieren, muss unsere Aufgabe sein, auch durch Druck - Putins Russland können wir mit wirtschaftlichen oder gar nur diplomatischen Nadelstichen nicht beeinflussen.

(52) 1.4. Freizeit statt Geld ist eine strategische Notwendigkeit, wenn man Nachhaltigkeit ernst meint. Warum? Forschung und Technologie produziert ständig Rationalisierungspotenzial, das um der Vollbeschäftigung willen durch Konsumzuwachs kompensiert werden muss. Freizeit statt Geld mildert diesen Wachstumsdruck; das ist den Armen dieser Erde nicht zuzumuten, aber den Wohlhabenden.

(53) 30.3.: Morden in Myanmar

Was das Militär in Myanmar treibt, ist ein Menschheitsverbrechen. Welche Lastwagen dabei zum Einsatz kommen, ist allerdings völlig unwichtig; deshalb ist die Skandalisierung des Umstandes, dass es sich um chinesische Lastwagen einer MAN-Tochter handelt, ein absurder Versuch, auch dort deutsche Schuld zu orten - auch wenn es von der sonst geschätzten SZ kommt.

(54) 30.3. Zuständigkeit bei Pandemie-Bekämpfung

Meine Priorität läge beim Bund, soweit es die Ver- und Gebote angeht sowie die Impfprioritäten. Allerdings wäre es auch kein Beinbruch, wenn die Länder aus ihrer Verwaltungszuständigkeit die weitgehende Hoheit hätten; man hat dann Substanz für vergleichende Bewertung. Unschön ist doch nur, dass die Länder(chefs) etwas gemeinsam mit dem Bund beschließen und am Tag darauf eigene Wege gehen.

(55) 23.3. Zum Austritt der Türkei aus der Istanbulkonvention:

Ich glaube nicht, dass die Konvention türkische Frauen schützen konnte. Nicht der Austritt, sondern die Politik Erdogans und die Haltung von mehr als 50% der türkischen Männer sowie sicher auch vielen türkischen Frauen sind das Problem. Diese Politik hat die Türkei zu einer islamischen Autokratie und damit zu einer Zeitbombe gemacht, die vom Sturz der Währung gezündet wird. Da addieren sich gerade die Wut der Kurden, die Verarmung größerer Gesellschaftsteile sowie das Elend von 4 Millionen Flüchtlingen zu einem Sprengsatz, der auch uns Europäern um die Ohren fliegen wird.

(56) 23.3. Zum Impfdebakel

Ich sehe kein Impfdebakel, sondern "nur", dass die Welt viel zu wenig Impfstoff hat. Für mich ist es kein Debakel, dass Deutschland und die EU gemeinsam ihre finanzielle Stärke nicht ausgenutzt haben, anderen und ärmeren Völkern einfach alles weg zu kaufen, wie das die Briten und die Israelis gemacht haben. Solidarität darf nicht als Debakel diffamiert werden

(57) 16.3 Markieren die Landtagswahlen BW und RP eine Zeitenwende?

Nicht die Landtagswahl, sondern der Rückzug von Angela Merkel mischt die Karten neu. Hauptaspekt ist die Zukunft der sozialdemokratischen Programmatik, die in der Kanzlerin ihre prominenteste Vertreterin hat. Erben der Merkel-CDU werden einerseits konservative und liberale Strömungen in Union und FDP sein, andererseits sozialökologische Grüne mit wegschmelzender SPD sowie bedeutungsarmen Linken.